



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 26.11.2009

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
am Dienstag, 01. Dezember 2009, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **06-S-00-0019**
Wahl des/der Vorsitzenden
2. Genehmigung der Niederschrift vom 03.11.2009
3. **09-F-01-0108**
Passivhausstandard in der Wohnwelt Weidenborn / Sachstand
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit vom 24.11.2009

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss 0660 vom 15.12.2006 festgelegt:

„Alle Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der städtischen Bauten und dem Bereich der städtischen Gesellschaften sind nach Standards durchzuführen, die deutlich mehr Energieeinsparung mit sich bringen als die die aktuelle gesetzliche Rahmensezung erfordert. Beim Neubau ist der Passivhausstandard anzustreben.“

Am 11.12.2008 hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss 0585 (Punkt 2) dies noch einmal bestätigt:

„Der Energiestandard Passivhaus aus dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 wird auch für die Siedlung Weidenborn als Ziel angestrebt.“

In der Wiesbadener Presse wird der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden auf die Frage zur Passivhausbauweise mit den Worten zitiert:

„Wir wollen Passivhäuser bauen, aber an einer anderen Stelle.“

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Überblick über den aktuellen Sachstand zum Baugebiet Weidenborn zu geben. Beantwortet werden sollen u.a. folgende Fragen:

1. Wann gedenkt der Magistrat die Stellungnahme der Fachbehörde zur Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit von Passivhäusern im Baugebiet Weidenborn den städtischen Gremien vorzulegen?
2. Wie viele Häuser sind bereits gebaut, wie viele folgen noch?
3. Wie viele Häuser wurden in Passivhausbauweise errichtet, wie viele nach welchen sonstigen Energiestandards? Nach welchem Energiestandard sollen die restlichen Häuser errichtet werden?
4. Wann ist mit der Vorlage der städtebaulichen Rahmenplanung zu rechnen, die für Herbst 2008 angekündigt war? Wird diese überhaupt noch erarbeitet?

4. 09-F-25-0102

Sprudelnde Quellen des Finanzministeriums
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.11.2009

Am Donnerstag, den 5.11. kam es bei einer Probebohrung beim hessischen Finanzministerium im Zusammenhang mit der Prüfung für die Nutzung von Erdwärme zum Anstich eines artesischen Brunnens.

Die Fläche, auf der die Bohrung stattgefunden hat, gehört laut Karte „Standortbeurteilung für die Errichtung von Erdwärmesonden in Hessen; Bearbeitungsstand 21.12.2006“ zu dem Gebiet, das sowohl als „wasserwirtschaftlich ungünstig“ als auch als „hydrologisch ungünstig“ ausgewiesen ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wir gebeten zu berichten:

1. Wann die Anzeige von Bohrungen erfolgt und wann seitens der Behörde die entsprechende Genehmigung ergangen ist?
2. Ob der Antrag auf Erlaubnis von Erdwärmennutzung mit Auflagen genehmigt wurde?
3. Wann die Anzeige des Beginns der Bohrungen erfolgt ist?
4. Ob in der Genehmigung der Bohrung Maßnahmen gegen einen Wasseraustritt vorgesehen waren?
5. Wie viel Wasser ist zwischen dem 5. und dem 30. November 2009 insgesamt ausgetreten?
6. Wie und wohin wurde das ausgetretene Wasser umgeleitet?
7. Welche gutachterlichen Stellungnahmen seitens der zuständigen landes- und kommunalen Fachbehörden es zu dieser Bohrung vorab gab?
8. Wie hoch ist der eingetretene Schaden und wer kommt dafür auf?
9. An welchen Grundstücken bzw. Gebäuden sind, ggfls. durch Veränderungen des Erdreichs, Schäden entstanden?
10. Wie lange ist es vorgesehen, die anliegenden Häuser und Grundstücke zu beobachten, um eventuelle Absenkungen des Grundes und spätere Schäden an den Gebäuden zu dokumentieren?
11. Wie sieht der aktuelle Stand der Ursachenanalyse aus?
12. Werden im Ergebnis vorangegangene Untersuchungen als defizitär beurteilt?
13. Wer hat die vorangegangenen Untersuchungen und wer die Bohrung veranlasst, wer hat diese jeweils durchgeführt?
14. Wurden bei der Planung und/oder bei der Durchführung der Bohrung Fehler gemacht?
15. Inwieweit beeinflusst das Vorkommnis die eigenen Wiesbadener Planungen zur Nutzung von Geothermie?
16. Liegen Erkenntnisse vor, dass in dem oben angeführten Bereich der zitierten Karte weitere Bohrungen vorgenommen werden sollen?

5. 09-F-07-0032

Geothermie in Wiesbaden

Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 25.11.2009

Der Umweltausschuß möge beschließen:

Vorbemerkung:

Die Geothermie zählt zu den wichtigsten erneuerbaren Energieträgern. Sie birgt Chancen aber auch Risiken. Der klimaschonenden Energiegewinnung steht dabei ein nicht immer zu kalkulierendes Risiko gegenüber. So hebt sich z.B. in Staufen im Breisgau seit zwei Jahren der Boden, Häuser sind einsturzgefährdet, Hausbesitzer und Hausbewohner werden mit dem Schaden allein gelassen.

In Wiesbaden traten bei Geothermiebohrungen auf dem Parkplatz des hessischen Finanzministeriums am 05. November 2009 Probleme auf, die zunächst nicht in den Griff zu bekommen waren. Erst nach zwei Tagen konnten die Wassermassen gestoppt werden. Auch eine Probebohrung der Sparkassenversicherung in der Bahnhofstraße mußte abgebrochen werden, hier konnte das Bohrloch jedoch nach zwei Stunden geschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten,

1. einen Überblick über die in Wiesbaden stattgefundenen und geplanten Geothermiebohrungen zu geben,
2. darzulegen, welche Probleme dabei bisher aufgetreten sind,
3. zu berichten, welche Konsequenzen daraus gezogen wurden,
4. zu erläutern, wer für eventuell auftretende Schäden, die durch genehmigte Bohrungen entstehen könnten, aufkommt (Welche Verantwortung tragen die Genehmigungsbehörden?),
5. die im Vorfeld einer Geothermiebohrung zu beachtenden Auflagen vorzustellen,
6. einen Bericht über den Vorfall an der Friedrich-Ebert-Alle zu geben.

6. 09-F-25-0103

Projekt Sauberkeits-Paten in Wiesbaden
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.11.2009

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

gemeinsam mit den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden und den Stadtteilkonferenzen in Anlehnung an das Projekt „Sauberkeits-Paten“ der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, ein Patenschaftsprogramm „Sauberkeit des öffentlichen Raums in Wiesbaden“ ins Leben zu rufen.

In diesem Patenschaftsprogramm sollen - analog zu Baumpatenschaften - Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger bei der Pflege eines Bürgersteigs, einer Grünfläche oder eines Spielplatzes als Sauberkeits-Pate aktiv werden und zum guten Erscheinungsbild ihres Stadtteils beitragen können. Das Programm sollte einen Anleitungs- sowie Anerkennungsbaustein beinhalten.

In diesem Zusammenhang können ebenfalls Gespräche mit Schulen und Kindertagesstätten geführt werden, damit diese sich am Projekt beteiligen und dieses als pädagogisches Element nutzen können. Vorstellbar wäre die Pflege der näheren Umgebung durch die in der jeweiligen Einrichtung untergebrachten Kinder unter Anleitung einer Lehrperson.

Über das Programm und die Ergebnisse der Gespräche ist dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit ein Bericht vorzulegen.

7. 09-F-25-0104

Energieeinsparungen an Schulen - fifty/fifty-Projekt
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.11.2009

Das Projekt fifty/fifty soll Schülerinnen und Schüler zum achtsamen Umgang mit Ressourcen motivieren. Als Anreiz erhalten die teilnehmenden Schulen 50% der durch bewusstes

Nutzerverhalten eingesparten Energiekosten zur freien Verwendung. Die anderen 50 % verbleiben beim Schulträger. Somit trägt das Projekt zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur

Senkung der Kosten bei. Klima und Energie wird dabei Gegenstand des Unterrichts, von Projekttagen, Arbeitsgemeinschaften und Exkursionen. Bisher haben sich der freiwilligen Initiative über 3500 Schulen in Deutschland angeschlossen, darunter ist auch unsere Nachbarstadt Frankfurt.

Daher möge der Umweltausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen wie eine Beteiligung an dieser Initiative in Wiesbaden umgesetzt werden kann.

Dazu soll auch auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. Welche Erfahrungen gibt es bei anderen Kommunen mit dieser Initiative.
2. Wie können Schulen motiviert werden, sich dem Projekt anzuschließen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit).
3. Welche Institutionen können den Schulen beratend zur Seite stehen.

8. 09-F-25-0090

Sachstand Betreuung Taubenschläge
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0149 vom 03.11.2009

ANLAGE

9. 09-F-01-0071

Landschaftsschutzgebiet in Wiesbaden
- Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0152 vom 03.11.2009

ANLAGE

10. 09-V-36-0020

DL 39/09-3

Abtrennung des Dambachs von der städtischen Mischwasserkanalisation

11. 09-V-36-0001

DL 39/09-2

Abtrennung der Bäche Wellritzbach und Kesselbach von der städtischen Mischwasserkanalisation

12. 09-V-61-0042

DL 39/09-6

Flächennutzungsplanänderung "Recyclinganlage Dyckerhoffbruch" im Ortsbezirk Amöneburg - Feststellungsbeschluss -

13. Aktuelles aus dem Magistrat

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

09-V-52-0021

DL 32/09-11

Energetische Sanierung der Sporthalle der Dilthey-Leibniz-Schule (Dach, Gebäudehülle, Heizung und Lüftung); Infrastrukturmittel des Bundes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Reinhardt
Vorsitzende